

«Viele Banker haben gezockt, ohne das Spiel zu verstehen»

Der indische Ökonomieprofessor JAGDISH BHAGWATI über komplizierte Finanzinstrumente, perspektivlose Politik und seine Hoffnung auf einen unkorruptierbaren US-Präsidenten Obama

VON PHILIPP LÖPFE (TEXT) UND DAVID KLAMMER/LAIF (FOTOS)

Herr Bhagwati, Ihr Buch heisst «Verteidigung der Globalisierung». Ein gewagter Titel in diesen turbulenten Zeiten.

Ich weiss, doch glücklicherweise handelt mein Buch vor allem vom internationalen Handel.

Es gibt auch ein Kapitel über die Finanzmärkte.

Richtig, doch Finanzmärkte und Handel sind ihrem Wesen nach grundsätzlich verschieden. Lassen Sie mich dazu folgenden Vergleich machen: Sie stellen Zahnpasta her und ich Zahnbürsten. Wenn wir miteinander handeln, haben wir am Schluss beide weisse Zähne. Ereignet sich aber ein Finanzcrash, werden beiden die Zähne aus dem Mund geschlagen.

Also sollten wir jetzt auf der Hut sein.

Finanzmärkte sind wie Feuer – manchmal wie Lagerfeuer, an denen Sie gemütlich ihre Wurst braten können. Manchmal werden sie zu unberechenbaren Flächenbränden.

Müssen sie deshalb strenger überwacht werden?

Die Überwachung ist tatsächlich zur entscheidenden Frage geworden. Auch wenn ich jetzt wie ein radikaler Linker tönen mag: Wallstreet hat sich zu einem finanziell-industriellen Komplex entwickelt. Ich lehne mich mit diesem Ausdruck bewusst an den Begriff des militärisch-industriellen Komplexes an, den Präsident Eisenhower in den Fünfzigerjahren für die US-Armee prägte.

Können Sie Nicht-amerikanern und unter 50-Jährigen erläutern, was Sie dabei meinen?

Eisenhower bezeichnete damit ein mächtiges Beziehungsnetz, das im Kalten Krieg zwischen Generälen und Politikern entstanden ist. Heute gibt es ein komplexes Verbindungssystem zwischen dem amerikanischen Finanzministerium, der Notenbank, dem Internationalen Währungsfonds und der Wallstreet.

Wie sieht das konkret aus?

Ein gutes Beispiel dafür ist Goldman Sachs. Robert Rubin war Chef dieser Investmentbank, dann Finanzminister von Präsident

FORTSETZUNG AUF SEITE 30

STIMME DER GLOBALISIERUNG

Jagdish Bhagwati, 74, ist Professor an der Columbia University in New York. Er gehört zu den **bekanntesten Handelspezialisten der Welt** und wird seit Jahren als Anwärter für den Wirtschaftsnobelpreis genannt. Der in Mumbai geborene Ökonom hat sich als früherer Theoretiker und engagierter **Verteidiger des freien Handels** einen Namen gemacht. Sein Buch «Verteidigung der Globalisierung» erscheint jetzt auch in deutscher Sprache (Pantleon).



Prognostiker Bhagwati, 74: «Wenn heute jemand behauptet, das Chaos an den Finanzmärkten sei in sechs Monaten vorbei, halte ich das für sehr unwahrscheinlich»

FORTSETZUNG VON SEITE 29

Jagdish Bhagwati

Clinton. Heute arbeitet er für Citigroup. Der heutige Finanzminister Hank Paulson war ebenfalls CEO bei Goldman Sachs. Das ist ein typisches Muster der Verwicklung von Politik und Finanzindustrie auf höchster Ebene.

Gibt es eine Art Verschwörung an der Wallstreet?

Nein, nein, das meine ich nicht. Aber die Leute teilen die gleichen Vorstellungen von Gesellschaft und Politik, haben den gleichen Lebensstil, essen in den gleichen Restaurants. Genau wie es die Generäle und die Politiker im militärisch-industriellen Komplex hielten, von dem Eisenhower sprach.

Eisenhower sah in diesem militärisch-industriellen Komplex eine Bedrohung für die Zivilgesellschaft. Gilt dies auch für den finanziell-industriellen Komplex der Wallstreet?

Das scheint mir übertrieben. Ich spreche von einem sehr mächtig gewordenen Beziehungsnetz, das die Finanzindustrie dominiert.

Wie kann man den finanziell-industriellen Komplex überwachen und in den Griff bekommen?

Das ist schwierig. Die Leute haben nicht nur die gleiche Weltanschauung. Sie verfügen auch über sehr viel Geld. Banker verdienen oft in einer Woche mehr als die am besten bezahlten Industriemanager in einem Jahr. Wallstreet ist deshalb auch ein sehr wichtiger Geldgeber der amerikanischen Politik. Es ist so gesehen tatsächlich ein Grund zur Sorge, wie man diese Leute überwachen kann.

Die neuen Finanzinstrumente werden auch «Massenvernichtungswaffen der Finanzmärkte» genannt. Das passt zum finanziell-industriellen Komplex.

Diese Instrumente sind inzwischen selbst für die Banker viel zu kompliziert geworden.

Sind sie aber auch sinnvoll?

Schwer zu sagen. Sie werden als Innovationen angepriesen. Innovation ist ein positiv besetzter Begriff. Bill Gates spricht von Innovation, wenn er eine neue Software lanciert. Das gilt nicht unbedingt für Innovationen bei den Finanzinstrumenten. Ich habe darüber früher oft mit meinem verstorbenen Freund Rudi Dornbusch gestritten. Für ihn waren die neuen Finanzprodukte Innovationen wie bei Bill Gates. Wenn ich daran zweifelte, pflegte er zu sagen: «Jagdish, du verstehst nichts von Finanzen.» Ich pflegte zu antworten: «Ich hoffe bloss, dass du etwas davon verstehst.» Die aktuelle Entwicklung bestätigt eher meine Ansicht.

Müssen Finanzinstrumente jetzt besser reguliert werden?

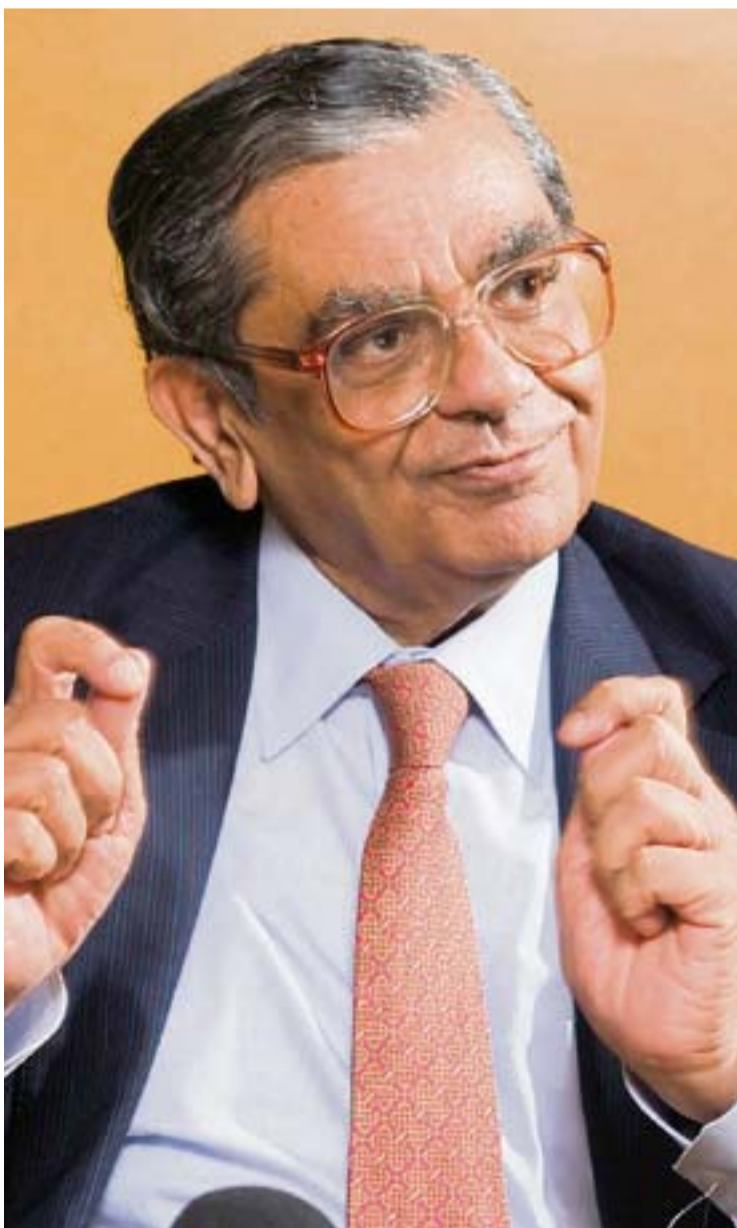
Der finanziell-industrielle Komplex ist so gross und mächtig geworden, dass es sehr schwierig wird, wirklich unabhängige Menschen zu finden, die ihn wirksam regulieren könnten.

Wen zählen Sie zum Kreis solch unabhängiger Persönlichkeiten?

Kenneth Rogoff beispielsweise, oder Robert Shiller. Oder Ben Bernanke – bevor er Präsident des Fed wurde.

Alles Ökonomieprofessoren wie Sie. Zufall?

Professoren sind unabhängig. Sie werden von den Universitäten bezahlt und müssen nicht ständig dem Geld hinterherrennen. Demokratie braucht unabhängige Überwachung, die Politik wird zu stark korrumpiert und hat oft kei-



ne langfristige Perspektive. Das haben wir beim Irak-Krieg erlebt: Vizepräsident Dick Cheney und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld haben sich gar nie überlegt, was sein würde, wenn der Krieg länger als sechs Wochen dauert.

Glauben Sie, das Gleiche sei in der aktuellen Finanzkrise geschehen, weil man die Gefahren der neuen Derivate unterschätzt hat?

Man hat nie an die Schattenseite gedacht, sondern nur von Innovation gesprochen. Das Hauptverdienst dieser Krise besteht darin, dass die Menschen künftig ein bisschen vorsichtiger werden, wenn sie von finanziellen Innovationen sprechen. Und dass sie die

Illusion verlieren, diese Märkte könnten sich selbst regulieren.

Welche anderen Lehren müssen aus der Krise gezogen werden?

Nicht nur zu wenig regulierte Banken und ausser Kontrolle geratene Finanzinstrumente haben den Schlamassel verursacht. Auch die Regierung hat versagt. Die Hypothekarstitute Fannie Mae und Freddie Mac, beide quasi-staatlich, haben wie verrückt Geld in den Hypothekenmarkt geschaufelt. Sie konnten dank ihrer De-facto-Staatsgarantie sehr günstig Geld aufnehmen. Deshalb stimmt es nicht, wenn mein guter Freund Joseph Stiglitz (Stiglitz ist wie Bhagwati Professor an der Columbia University, Anm. der Red.) bloss von einem Versa-



gen der Marktfundamentalisten spricht.

Von welchem Versagen sprechen Sie?

Die Krise hat auch mit den halbstaatlichen Hypothekeninstituten Fannie Mae und Freddie Mac begonnen. Man könnte deshalb auch von einer Regierungskrise sprechen, und es reicht nicht, wenn man jetzt bloss nach Regulierung schreit. Welche Regulierung ist gemeint? Darauf müssen wir vernünftige Antworten geben können.

Es gibt Leute, die allein gierige Banker als Sündenböcke für die Krise sehen. Was ist davon zu halten?

Gier ist eine moralische Kategorie. Ich denke, die These greift zu

kurz. Unkenntnis hat eine viel entscheidendere Rolle gespielt. Viele Banker und Versicherungsmanager haben mit der Zukunft ihrer Unternehmen gezoxt, ohne dass sie das Spiel verstanden haben. Sie haben sich auch überschätzt und nach der alten Devise von General Motors gehandelt: «Was gut für GM ist, ist gut für Amerika.» Das mag in den Fünfzigerjahren für die Autoindustrie richtig gewesen sein. Für die Finanzindustrie im 21. Jahrhundert ist es definitiv falsch.

Die Krise ist so gravierend, dass bereits vom Tod des Kapitalismus die Rede ist. Was ist davon zu halten?

Nichts. Diese Krise ist entstanden, weil, wie erwähnt, die beiden

Institute Fannie Mae und Freddie Mac dank staatlicher Garantie zu viel Geld in den Immobilienmarkt gepumpt und so eine Blase erzeugt haben. Die neuen Finanzinstrumente haben die Risiken auf dem ganzen Globus verteilt. Jetzt ist die Blase geplatzt, und wir haben ein seriöses Problem, kein Zweifel. Wir sind in einer ähnlichen Lage wie Japan zu Beginn der Neunzigerjahre.

Einige vergleichen die Krise mit dem Fall der Berliner Mauer.

Quatsch. Das ist weit übertrieben. Amerikaner sind sehr pragmatische Menschen. Sie werden auch diese Krise in den Griff bekommen.

Spielt der Ausgang der Wahlen dabei eine Rolle?

Ich glaube, dass Barack Obama gewinnen wird. Er ist der pragmatischere der beiden Kandidaten und lässt sich auch nicht durch die Diskussion ablenken, ob das Eingreifen des Staates jetzt Sozialismus sei oder nicht.

Eine überflüssige Diskussion?

Sie ist vor allem dumm. Niemand in den USA will, dass die Banken im Besitz des Staates bleiben.

Heisst das, dass sich der Staat wie eine Private-Equity-Firma verhält? Er übernimmt die angeschlagenen Banken, saniert sie, um sie später mit Gewinn weiterzuverkaufen?

Ja, so kann man das sehen. Die Schweden haben dies ja zu Beginn der Neunzigerjahre erfolgreich vordemonstriert. Zu behaupten, dass Sozialismus vor der Tür stünde oder der amerikanische Kapitalismus zerstört sei, ist hingegen vollkommen sinnlos.

Ist der Neoliberalismus wenigstens ein bisschen tot?

«Bis 55 Prozent der Befragten in den USA befürworten nach wie vor den freien Handel»

Ich denke nicht. Der freie Handel wird durch die Finanzkrise ja nicht betroffen. Niemand will dem Freihandel an den Kragen. Es gibt keine signifikanten Trends, die auf einen Rückzug zu Protektionismus hindeuten.

Die Umfragen, gerade in den USA, zeigen aber genau dies: Der Protektionismus ist auf dem Vormarsch.

Ich habe diese Umfragen ebenfalls analysiert, die Aussagen sind sehr zwiespältig. Es stimmt zwar, dass protektionistische Tendenzen leicht zugenommen haben. Aber 50 bis 55 Prozent der Befragten befürworten nach wie vor den freien Handel. Der grösste Widerstand dagegen kommt von den Gewerkschaften. Es gibt auch wachsende Verunsicherung, aber die steht nicht in einem direkten Zusammenhang mit dem freien Handel.

Gerade Barack Obama spricht davon, dass er das Freihandelsabkommen Nafta mit Mexiko und Kanada bei einem Wahlsieg neu verhandeln will.

Das ist Wahlkampf. Was heisst schon neu verhandeln? Es kommen stets die gleichen Themen auf den Tisch: Landwirtschaftssubventionen, Zölle. Nafta neu verhandeln bedeutet höchstens, dass ein paar Regierungsbeamte nach Yucatán fahren und dort die Sonne und das mexikanische Essen geniessen. Danach kann Obama vor die Wähler treten und sagen: «Wir haben darüber gesprochen.» Im Übrigen klagen die Mexikaner noch viel heftiger über den Nafta-Vertrag als die Amerikaner.

Sie sind ebenfalls kein Freund von bilateralen Verträgen

und bezeichnen diese als «Spaghetti-Schüssel», als einen Wust von komplizierten Abkommen, die den Freihandel mehr behindern als fördern. Das stimmt, doch um das zu erklären, müssten wir jetzt eine sehr technische Diskussion über bilaterale Handelsabkommen führen. Wollen Sie das wirklich? **Nein, aber erklären Sie nochmal, weshalb die Kritik an Nafta von Barack Obama keine Gefahr für den Freihandel darstellen soll.**

Obama stammt aus Chicago und war damit lange dem Denken der Chicago University, der Hochschule des Neoliberalismus, ausgesetzt. Noch im Traum sagt er: Freihandel ist gut. Man kann nicht zehn Jahre lang mit den Leuten der Chicago Business School diskutieren und ein Protektionist sein. Das ist unmöglich. Ernsthaft: Obama ist sehr smart. Ich habe keine Zweifel, dass seine Anti-Nafta-Tiraden nicht mehr sind als winzige Geschenke an die Gewerkschaften. Die Demokraten, das nur so nebenbei, unterstützen auch die Bemühungen der WTO um den Ausbau des freien Welthandels, die sogenannte Doha-Runde.

Anders als Indien. Die Regierung in Delhi wird für das Scheitern der Doha-Runde verantwortlich gemacht. Sie sind Inder. Wie beurteilen Sie die Situation?

Oh, ich bin da ganz optimistisch. Es stimmt, dass Indien und die USA sich, was die Doha-Runde betrifft, bisher noch nicht einigen konnten. Stein des Anstosses ist die Landwirtschaft. In Indien gibt

es nach wie vor sehr viele arme Kleinbauern, die im rauen Klima der Weltwirtschaft nicht konkurrenzfähig wären, ähnlich übrigens wie die europäischen Bauern. Die USA sind ein bisschen zu forsch vorgeprellt und haben zu grosse Konzessionen verlangt. Ich glaube aber, dass sich die beiden Länder finden werden, denn grundsätzlich sind beide an einer Einigung interessiert.

Wie begründen Sie diesen Optimismus? Ich sehe dafür zwei Gründe: Erstens sind die Inder den Amerikanern nach der Einigung in der Atomfrage etwas schuldig. In dieser Sache hat Präsident Bush den Indern wirklich stark geholfen. Und zweitens ist der indische Premierminister Singh ein überzeugter Anhänger des freien Handels. Auch die beiden Anwärter für das Amt des US-Präsidenten, Barack Obama und John McCain, sind grundsätzliche Befürworter eines Doha-Abkommens. Und selbst die amerikanischen Gewerkschaften betreiben in dieser Frage keine fundamentale Opposition.

Die Gewerkschaften haben aber grosse Angst, dass ihre Jobs in Billiglohnländer abwandern. Zu Recht?

Die Arbeitsplätze in Amerika sind stärker durch den technologischen Fortschritt bedroht als durch die Globalisierung. Die Gewerkschaften sind nicht so stur, wie manchmal behauptet wird. Sie haben beispielsweise eingesehen, dass zu strenge soziale Standards in den Handelsverträgen nicht realistisch sind. Vielleicht wird das in 20 Jahren mög-



lich sein, jetzt ist es dafür noch zu früh.

Wie stehen eigentlich die amerikanischen Unternehmer und Manager zur Ausweitung des freien Handels?

Sie sind nicht enthusiastisch, aber grundsätzlich unterstützen sie die Bemühungen.

«Finanzmärkte, die zu schnell liberalisiert werden, neigen zum Kollabieren»

Kommt es also trotz allem zu einem erfolgreichen Ende der totgesagten Doha-Runde?

Das halte ich für möglich, allerdings wird es aus politischen Gründen noch mindestens bis zum nächsten Frühling dauern. **Warum bedeutet die schwere Finanzkrise nicht auch das Ende des freien Handels?**

Nach der Krise an den asiatischen Finanzmärkten vor rund zehn Jahren ist es ebenfalls nicht zu einem neuen Protektionismus gekommen. Die Menschen scheinen die Lehren aus der Grossen Depression der Dreissigerjahre begriffen zu haben. Was hingegen zutrifft, ist, dass zu schnell liberalisierte Finanzmärkte eine Neigung entwickeln zu kollabieren. Die Finanzmärkte sind heikel, nicht der freie Handel.

Für Laien ist beides das Gleiche, nämlich Globalisierung.

Das stimmt glücklicherweise nicht, auch Laien unterscheiden zwi-

schon Finanzmärkten und Handel. Es ist wichtig, immer wieder zu betonen, dass wir derzeit keine Krise der Globalisierung erleben.

Sondern?

Eine Finanzkrise, und diese wurde durch schlechtes Management verursacht. Wir dürfen nicht das Handelskind mit dem Finanzbadewasser ausschütten. Gerade die rasche Erholung nach der asiatischen Finanzkrise hat uns einmal mehr vor Augen geführt: Handel nützt uns allen.

Wie lange dauert es, bis das Chaos an den Finanzmärkten aufgeräumt sein wird?

Schwer zu sagen. Aber wenn heute jemand behauptet, dass in sechs Monaten alles vorbei sein wird, dann halte ich das für sehr unwahrscheinlich.

Wie wird sich diese Finanzkrise geostrategisch auswirken? Werden China, Indien und

Rusland die grossen Gewinner und die USA und Westeuropa die grossen Verlierer sein?

Nein, das glaube ich nicht. China hat das gleiche Problem wie Japan: Es hat riesige Handelsüberschüsse und weiss nicht, wo es sein Geld investieren soll. Japan hat in den Achtzigerjahren ebenfalls enorme Summen in den USA verloren, mit Engagements in Hollywood oder Immobiliengeschäften. Die Chinesen haben bereits jetzt ähnliche Fehler gemacht und Milliarden verlor; mit ihrem Engagement bei der Private-Equity-Firma Blackstone beispielsweise. Die chinesische und auch die indische Wirtschaft leiden zudem ebenfalls unter den gestiegenen Kosten für Rohstoffe und Nahrungsmittel.

ANZEIGE

Weshalb die private Vorsorge immer wichtiger wird Sicherheit für Ihre Zukunft

Die Altersvorsorge in der Schweiz basiert auf 3 Säulen: der staatlichen, der beruflichen und der privaten Vorsorge. Dabei gewinnt die private Vorsorge (3. Säule) an Wichtigkeit. PostFinance begleitet Sie in Ihrer Vorsorgeplanung und setzt mit einem sehr attraktiven Zins auf dem Vorsorgekonto 3a ein Zeichen.

Das 3-Säulen-Konzept der Schweiz ...

Die Leistungen der 1. Säule sollen gemäss Verfassung einen minimalen Grundbedarf abdecken, die Existenz sichern. Darüber hinaus hat die 2. Säule zum Ziel, die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise zu ermöglichen. Die Leistungen der 1. und der 2. Säule decken im Alter rund 60% des letzten Einkommens ab. Der zusätzliche Finanzbedarf, welcher für ein finanziell unabhängigeres Leben nach der Pensionierung benötigt wird, muss über die 3. Säule abgedeckt werden.

... und seine Herausforderungen

Können Sie darauf vertrauen, dass die Renten der 1. und der 2. Säule im Alter ausreichen werden? Unser Vorsorgesystem hat einige Herausforderungen zu bewältigen. Beispielsweise die demografische Entwicklung: Die Menschen leben länger und die Geburtenrate stagniert. Dieses Ungleichgewicht hat einen direkten Einfluss auf die Finanzierbarkeit der Leistungen der 1. Säule. Immer weniger Erwerbstätige müssen für die Rentenleistungen der Bezüger aufkommen. Die berufliche Vorsorge ist mit der politischen Diskussion rund um die Mindestverzinsung der obligatorischen Leistungen sowie der Reduktion des Umwandlungssatzes konfrontiert. Beide Themen betreffen direkt die Leistungen der Versicherten. Hinzu kommen anhaltende Trends im Arbeitsverhalten: Längere Ausbildungszeiten und vermehrt vorzeitige Pensionierungen wirken sich auf Beitragsdauer und Leistungen aus.

Gute Gründe für die private Vorsorge

Für das Alter vorzusorgen bedeutet, rechtzeitig selbst Verantwortung für die finanzielle Situation nach der Pensionierung zu übernehmen. Mit der privaten Vorsorge können allfällige Vorsorgelücken abgesichert werden. Dazu stehen Möglichkeiten der freien Vorsorge (Säule 3b) sowie der gebundenen Vorsorge (Säule 3a) zur Wahl. Unter die Säule 3b fallen Vermögenswerte, die nach eigenem Gutdünken verwendet werden dürfen. Dies können beispielsweise Lebensversicherungen oder Einlagen auf Sparkonten oder in Wertschriftenanlagen sein. Die steuerbegünstigte Säule 3a ist vorwiegend für die Altersvorsorge reserviert. Beiträge auf ein Vorsorgekonto 3a oder in eine Lebensversicherung 3a können dem steuerbaren Einkommen in Abzug gebracht werden (für Erwerbstätige mit Pensionskasse max. CHF 6365.-, für Erwerbstätige ohne Pensionskasse 20% des Einkommens, max. CHF 31824.-).

Je früher Sie vorsorgen, desto mehr können Sie dank des Zinseszins-effekts profitieren. Bereits mit regelmässigen kleinen Einlagen leisten Sie einen grossen Beitrag an eine finanziell unabhängige Zukunft.

Unser Vorsorgekonto 3a mit 2,75% Zins

Auf drei Säulen baut es sich solider.

1. Säule: staatliche Vorsorge		2. Säule: berufliche Vorsorge		3. Säule: private Vorsorge	
Existenzsicherung		Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung		Individuelle Ergänzung, schliesst Vorsorgelücken	
AHV/IV	Ergänzungsleistungen	Obligatorisch: BVG/UVG	Überobligatorische Vorsorge	Gebundene Vorsorge 3a	Freie Vorsorge 3b

Individuelle Situation – individuelle Beratung

Jeder von uns hat eigene Ziele und Wünsche für die Zukunft. Gerne beraten wir Sie zu Ihrer persönlichen Vorsorgeplanung in Ihrer nächsten PostFinance-Filiale oder bei Ihnen zu Hause. Weitere Informationen finden Sie auch auf www.postfinance.ch/3a.

Die Schweizerische Post
PostFinance
Nordring 8
CH-3030 Bern

Telefon
0848 888 300 (Normaltarif)
www.postfinance.ch

Besser begleitet.

PostFinance
DIE POST